

Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin

Protokoll

33. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 08.08.2019
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	20:20 Uhr
Ort, Raum:	BVV-Saal, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin

Anwesend sind:

Herr Oliver Kociolek	Grüne	
Herr Tilo Siewer	Grüne	
Herr Jürgen Radloff-Gleitze	SPD	
Herr Robert Bluhm	DIE LINKE	
Frau Petra Schrader	DIE LINKE	
Herr Dimitri Golodni	CDU	
Frau Heidemarie Depil	JHA BD	
Frau Sabine Derwenskus-Böhm	JHA stellv. BD	
Frau Andrea Lang		
Herr Dirk Stiebritz		
Frau Nathalie Wedlat	JHA BD	
Herr Marcus Lehmann	Jugendamt	Vertretung für: Frau Monika Goral
Frau Bezirksstadträtin Ramona Reiser		
Frau Asra El-Mohamad	JHA beratendes Mitglied	
Frau Monika Fabri	Freigeistige Verbände	
Herr James Rosalind	JHA beratendes Mitglied	

Sitzungsleitung: Herr Siewer (Vorsitzender)

Protokoll: Frau Ersek (BVV Büro)

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Protokoll:

zu 1 Begrüßung und Genehmigung der TO

Der Vorsitzende begrüßt die Ausschussmitglieder, die beratenden Mitglieder, die Mitarbeiter des Bezirksamts, die Sprecher*innen der AG´en nach § 78 KJHG sowie die Gäste, namentlich genannt die Vertreter des Kinder- und Jugendparlaments Tempelhof-Schöneberg..

Er begrüßt zudem Frau Derwenskus-Böhm, die von nun an als ordentliche Bürgerdeputierte teilnimmt.

Die Tagesordnung wird wie vorliegend behandelt.

zu 2 Genehmigung des Protokolls der 32. Sitzung am 06.06.2019

Frau Depil bittet um Änderungen in TOP 4 und 7.

Das Protokoll wird mit den Änderungen einstimmig angenommen.

zu 3 Mitteilungen

zu 3.1 des JHA-Vorsitzenden

Nach einem Austauschgespräch mit dem Jugendbüro und Herrn Lehmann (Jug) schlägt der Vorsitzende vor, jede 2. bis 3. Sitzung des JHA außerhalb des Rathauses zu durchführen, um sich die Jugendeinrichtungen von Ort anzusehen.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Vorschlag zu.

Es wird vorgeschlagen, die Sitzung im Oktober in der Villa Lützow durchzuführen.

zu 3.2 des Bezirksamtes

Die Mitteilungen des Bezirksamtes sind den Ausschussmitgliedern vorab per E-Mail übersandt worden, der dem Protokoll als Anlage beigefügt wird.

Frau BzStRätin Reiser erklärt korrigierend zum „Sachstand IBV Schmidstraße 4“, dass das Kammergericht zuständig sei, nicht das Verwaltungsgericht. Offen sei, ob der Widerspruch aufschiebende Wirkung habe.

Ergänzend zu den bereits übersandten Informationen (siehe Anlage) teilt sie mit, dass die Schließung der Kita- und Hortkostenstelle zur Aufarbeitung der Rückstände am 09.08.2019 erfolgreich ende.

Frau Depil (BüDep) erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand zu den 2 ½ Stellen im Rahmen des Jugendförderungsgesetzes, die in der Sitzung der BVV thematisiert werden sollten.

Der Vorsitzende berichtet, dass mit der Zustimmung der Fraktionen der SPD, Bü90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP die BVV beschlossen habe, das Bezirksamt solle in den Haushaltsplanentwurf vom 06.08.2019 zwei Stellen für alle Jugendeinrichtungen und zweieinhalb Stellen für die Jugendbeteiligung- und Demokratiebildung aufnehmen. Das Bezirksamt sei dem nicht gefolgt. Die BVV entscheide über den Haushaltsplanentwurf und könne Änderungsanträge einreichen.

zu 4 Aktuelle Viertelstunde

Frau Depil, Bürgerdeputierte:

Das Arbeitszeitmodell in den Wohngruppen mit alternierend innewohnender Betreuung (WaB) sei nach einem aktuellen Urteil des Gerichts nicht konform mit dem Arbeitszeitgesetz.

Sie beschreibt das Konzept im Bereich der Hilfe zur Erziehung (HzE), das sich durch die hohe Kontinuität einer familienähnlichen Betreuung in einer kleinen Gruppe bewährt habe und erklärt, dass etwas sehr Wertvolles damit hochgradig bedroht sei. Das Instrument scheine beendet bzw. in ein Schichtmodell umgewandelt werden zu müssen. Alle Träger seien aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, die Konformität mit dem Arbeitszeitgesetz herzustellen, andernfalls drohen hohe Bußgelder. Am 26.08.2019 finde eine Fachveranstaltung dazu statt. Es sollen Überlegungen angestellt werden, wie das Instrument weitergeführt werden könne. Es bestehe die Hoffnung, dass ein langer Übergangszeitraum eingeräumt werde.

Sie betont, dass kurzfristige aber auch mittelfristige Maßnahmen ergriffen werden müssen. Wichtig seien kurzfristige Erhaltungsmaßnahmen aber auch die Verhinderung, dass

Träger bestraft werden, wenn eine kurzfristige Umstellung nicht möglich sei.
Stellungnahmen von Arbeitnehmervereinigungen gebe es nicht.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass Frau Depil eine Stellungnahme vorbereitet, über die der JHA am 30.09.2019 befinden werde.

zu 5 Berichterstattung aus den AG'en

Herr Wichert, AG Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit

Am 05.09.2019 werde vor dem Rathaus Mitte ein Aktionstag durchgeführt. Das bedeutet, dass die Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen des Bezirks Mitte ihre Arbeit präsentieren werden. Auch die Wünsche und Bedarfe der Kinder und Jugendlichen werden aufgezeigt, als Information an die Bezirksverordneten, die sich am selben Abend zur Sitzung der BVV treffen.

Ein Flyer dazu wird ausgeteilt.

Herr Rosalind

Am 31.08.2019 finde im Zilleklub der Jung(e)*sein-Tag in Berlin Mitte statt. Es gehe um Identitäten aber auch Alltagssituationen. Es werden Plakate ausgelegt.

zu 6 Kinder- und Jugendlichenbeteiligung (mit Gästen, Dauer: ca. 1 Stunde)

Herr Lehmann, das Kinder- und Jugendbüro berichten.

Herr Lehmann berichtet zu den aktuellen Bemühungen, das Jugendfördergesetz umzusetzen und betont in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, zusätzlich zweieinhalb Stellen einzurichten.

Frau Rittel (Kinder- und Jugendbüro) stellt die in 2019 formulierten und vorgesehenen Standards vor. In den vergangenen Jahren habe es viele Ausarbeitungen und Konzepte gegeben, sodass sich in den Bezirken unterschiedliche Formen herausgebildet haben.

Der Landeskoordinierungskreis für Kinder- und Jugendbeteiligung koordiniere alle Beteiligungsformen aus allen Bezirken. Aus den Erkenntnissen ist die Motivation erwachsen, neue Standards zu formulieren.

Sie führt die Inhalte aus.

Sie präsentiert zudem neben den Rechtsgrundlagen auch die Prozessformen sowie die Zielgruppen. Sie erläutert in diesem Zusammenhang die Aufgaben des Kinder- und Jugendbüros.

Eine Beteiligungsform ist das Kinder- und Jugendparlament. Im Bezirk Tempelhof-Schöneberg ist ein solches eingerichtet. Es sind Vertreter zu Gast, Simon und Justin, die sich und deren Arbeit vorstellen.

Vertreter des Jugendamts Tempelhof-Schöneberg berichten ergänzend.

Das Kinder- und Jugendparlament Tempelhof-Schöneberg setze sich aus den Schülern aller Altersklassen des Bezirks zusammen. Alle Schulen seien aufgefordert, Teilnehmer zu benennen, die Teilnahme an sich sei jedoch freiwillig. Es gebe ein großes Plenum aber auch regionale Arbeitsgemeinschaften. Die Schüler lernen, sich Themen, die sie betreffen, zu widmen. Das heißt, Bedarfe zu ermitteln und sich mit anderen demokratisch auszutauschen. Die Beschlüsse des Kinder- und Jugendparlaments finden Einzug in die Tagesordnung der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg.

Lukas, ein Mitarbeiter im Kinder- und Jugendbüro, berichtet zur Arbeit der Schülerversammlung und des Bezirksschülerrats. Er bezieht sich auf den Austausch untereinander und schulübergreifend, das Debattieren und Kompromisse schaffen, aber auch das Lernen, demokratisch Einfluss zu nehmen. Die Verbindung von Schule und Partizipation sei sehr wichtig.

In einigen Bezirken gebe es gut organisierte und engagierte Bezirksschülerräte. In manchen anderen Bezirken seien diese wenig gut organisiert, so z.B. im Bezirk Mitte.

Er führt fünf Aspekte an, die zu einem gut funktionierenden Bezirksschülerausschuss beitragen können.

Frau Homann von der Koordinierungsstelle Kinder- und Jugendbeteiligung im Moabiter Ratschlag e.V. berichtet zu den Tätigkeitsbereichen. Dazu gehört die Betreuung einzelner Projekte, in denen die Beteiligung stattfindet, so z.B. Spielplätze, die Jugendjury sowie die Wahl U18. Ein weiterer Tätigkeitsbereich sei es, Netzwerke zu schaffen und zu halten. Der dritte Bereich sei Coaching und Beratung.

Der Vorsitzende bittet den JHA darüber zu befinden, welche Schlüsse für den Bezirk Mitte gezogen werden und welche Auswirkungen diese auf den Ressourceneinsatz haben können.

Frau BV Schrader von der Fraktion DIE LINKE stellt die Frage der Umsetzungsmöglichkeiten an das Bezirksamt.

Sie und der Vorsitzende fragen weiter, wieviele Kinder mit welchen Maßnahmen und welcher Intensität erreicht werden.

Der Vorsitzende bittet Frau BzStRätin Reiser, zu einem gemeinsamen Gesprächskreis einzuladen, möglichst noch vor Beschluss des Fördervorschlags. Frau BzStRätin Reiser sagt zu, eine Einladung an den gesamten Verteiler des JHA zu senden.

Herr Lehmann führt aus, dass sich das Jugendamt bereits Gedanken zu Möglichkeiten der Partizipation gemacht und die Standards herangezogen habe. Heute seien ein paar der Optionen vorgestellt worden. Das Hauptfeld der neu einzusetzenden Stellen seien Unterstützungsstrukturen im Rahmen des Jugendfördergesetzes und die Jugendförderpläne. Die Pläne stehen unter dem Motto, die Beteiligung aus einer Hand zu organisieren. Wichtig sei eine Beschwerdestelle für junge Menschen sowie eine Interessenbeteiligung. Für das Konzept, das dem JHA bis November vorgelegt werde, werde eruiert, welche Bedarfe die Kinder und Jugendlichen haben und welche Strukturen der Bezirk Mitte brauche.

Frau BV Schrader von der Fraktion DIE LINKE bittet das Jugendamt, für die anstehenden Haushaltsdebatten die Aufgaben zusammenstellen, die mit den zwei geforderten Stellen ausgeführt werden sollen.

Frau BzStRätin Reiser bedankt sich bei den Gästen für die Präsentation. Dem JHA werden Unterlagen sowie eine Einladung zu einem gemeinsamen Gespräch zugesandt. Der Vorsitzende bedankt sich ebenfalls bei den Gästen.

zu 7

Haushalt 2020/21

Den Ausschussmitgliedern liegen zwei Tischvorlagen vor. Auf dem DIN A3-Blatt seien die angemeldeten Bedarfe der tatsächlichen Berücksichtigung im Haushaltsplanentwurf gegenübergestellt, auf dem kleineren Blatt seien die angemeldeten und berücksichtigten Bedarfe in einer Kurzübersicht gelistet.

Der Vorsitzende sei zuversichtlich, dass **insgesamt zusätzlich 300.000 EURO** für die zweieinhalb Stellen für die Kinder- und Jugendbeteiligung **im Haushaltsplan angesetzt werden, so auch ca. 175.000 EURO und** für die Ausstattung aller Jugendeinrichtungen auf mindestens 2 Stellen **eingestellt werden**.

Der BzBm Herr von Dassel habe zugesagt, sich um eine Finanzierung der zusätzlichen zweieinhalb Stellen **für die Kinder- und Jugendbeteiligung** zu bemühen, sodass es vier-einhalb Stellen werden.

Frau BzStRätin Reiser informiert über den bisherigen Planungsverlauf im Bezirksamt. Sie erläutert gemeinsam mit den Mitarbeitern des Jugendamts die Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs zum Bereich Jugend, insbesondere zu den Tarifbeschäftigten. Die zusätzlichen zweieinhalb Stellen würden im Titel 4000/428 01 aufgenommen. Sollten die Aufgaben von freien Trägern übernommen werden, wären diese Stellen im Titel 4010/671 03 angesetzt. Eine halbe Stelle sei bereits bei 4000/428 01 angesetzt. Herr

Lehmann weist darauf hin, dass die Senatsverwaltung für Finanzen mit der Globalsummenzuweisung den Bezirken die Verantwortung übertragen habe, zu entscheiden, die Stellen kommunal oder beim freien Träger zu besetzen. Der Vorsitzende merkt an, dass das JHA dazu ein Votum abzugeben. Frau BV Schrader von der Fraktion DIE LINKE bittet einen möglichst flexiblen Ansatz zu finden.

Herr Dehnert empfiehlt, die Stellen bei 4000/428 01 einzustellen, eine flexible Umwandlung sei möglich. Herr Beckmann gibt die Refinanzierung zu bedenken.

Der Vorsitzende bittet das Jugendamt, dem JHA einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten.

Für das weitere Verfahren bittet der Vorsitzende, Fragen an das Bezirksamt auch an das BVV-Büro zu übersenden. Er werde diese dann bündeln und ordnen. Die Tabelle, die dem Hauptausschuss vorliege, sowie der Haushaltsplanentwurf werden den Teilnehmern des JHA weitergeleitet.

zu 8 Beratung von Drucksachen

zu 8.1 Gutachten zur Qualität privater Spielplätze erstellen 1866/V Fraktion der SPD

Herr BV Radloff-Gleitze informiert, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Sanieren, Bauen und Bebauungspläne die Annahme des Antrags empfohlen habe. Er sehe es ebenfalls als positiv an, das Bezirksamt zu bitten, den Bau privater Spielplätze nachzuhalten.

Frau BV Schrader von der Fraktion DIE LINKE regt erneut an, die Spielplatzkommission um eine Stellungnahme zu bitten.

Frau Rittel (Geschäftsstelle der Spielplatzkommission), erklärt, dass dieses Thema in zwei Sitzungen diskutiert worden sei. Der Antrag resultiere daraus.

Frau BV Schrader berichtet, dass der Hauptausschuss die Abstimmung zur Drucksache vertagt habe. Die Kosten, die im letzten Satz erwähnt werden, seien auf 50.000,- € beziffert worden. Sie weist darauf hin, dass durch diese Begutachtung kein zusätzlicher Spielplatz und auch zusätzliches Spielgerät entstehe. Es sei zudem nicht geklärt, ob eine öffentliche Nutzung gewährleistet ist. Vor diesem Hintergrund erscheine ihr die Summe zu hoch.

Der TOP wird vertagt.

Die Fraktion DIE LINKE werde prüfen, ob der Antrag ggf. geändert werde.

zu 8.2 Spielplätze evaluieren und bauen Drucksache: 1955/V

Der TOP wird vertagt.

Frau BV Schrader von der Fraktion DIE LINKE weist darauf hin, dass es Bestandteil der Spielplatzplanung sei.

Herr Lehmann (Jug), dass das Ersuchen im Änderungsantrag sei bis zum Jahresende nicht leistbar, es seien verschiedene Ämter involviert.

Frau Rittel informiert darauf hin, dass die Sanierungsbedürftigkeit jährlich dokumentiert werden müsse und beim Straßen- und Grünflächenamt (SGA) abrufbar sei. Herr Lehmann merkt an, dass aus dieser Liste keine Rückschlüsse auf die Qualität der Spielplätze gezogen werden können, die über bauliche Mängel hinausgehen.

zu 9 Verschiedenes

Es liegen keine Themen vor.

gez.

Tilo Siewer
Vorsitzender

Ersek
Protokollantin